



DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT NÜRNBERG

BÜRGERMEISTERAMT

An den Vorsitzenden
der Stadtratsfraktion der CSU
Herrn Stadtrat Dr. Klemens Gsell
Rathaus

90317 Nürnberg

Nürnberg, 26. Juni 2003

Kooperation zwischen niedergelassenen und klinisch tätigen Ärzten im
Rahmen des SPZ am Klinikum Nbg-Süd sowie des KJÄD am Gesundheitsamt

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 23.06.2003. Im Auftrag von Herrn
Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly teilen wir Ihnen mit, dass er die Behandlung Ihres
Antrages im

Gesundheitsausschuss

veranlasst hat.

Mit freundlichen Grüßen

i. V.

Laukusch

Nachrichtlich - mit Abdruck des Bezugsschreibens -

1. An den Vorsitzenden der Stadtratsfraktion der SPD
2. An die Vorsitzende der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
3. Stadtratsgruppe Die Freien (FDP, FWN)
4. Herrn Stadtrat Beisig
5. Herrn Stadtrat Grosse-Grollmann
6. Herrn Stadtrat Ollert

II. abgesandt am 1-7-03 *W.g.*
Ref. *SPD/Ky* mit der Bitte um weitere Veranlassung

IV. In Abdruck an:



CSU-Stadtratsfraktion • Rathausplatz 2 • 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

ghA

km

OBERBÜRGERMEISTER	
25. JUNI 2003	
SRD	Zur Kts.
KH	aww

Wolff'scher Bau des Rathauses
2. Stock, Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 0911 / 22 66 59
0911 / 231 - 2907
Telefax: 0911 / 231 - 4051
csu@fraktionen.stadt.nuernberg.de

hi 23.06.03
Dr. Helmbrecht

Kooperation zwischen niedergelassenen und klinisch tätigen Ärztinnen und Ärzten im Rahmen des Sozialpädiatrischen Zentrums (SPZ) an der Klinik für Kinder und Jugendliche am Klinikum Nürnberg-Süd sowie des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes (KJÄD) am Gesundheitsamt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Die Verwaltung berichtet über die derzeitige und zukünftige Situation des SPZ und KJÄD. Darzustellen sind auch Vorstellungen zur zukünftigen Erhaltung und Gestaltung dieser wichtigen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche unter schwindenden finanziellen Ressourcen.

Dabei sind eventuelle Synergieeffekte darzustellen, insbesondere auch in Zusammenarbeit mit dem ärztlichen Kreisverband Nürnberg, der dies in Schreiben vom 24. April und 16. Mai ausdrücklich anbietet, sowie mit der Kassenärztlichen Vereinigung Mittelfranken und den Krankenkassen.

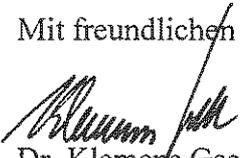
Begründung:

Nach letzten Erkenntnissen soll vom Klinikum Nürnberg kein Ermächtigungsantrag mehr an die Kassenärztliche Vereinigung Mittelfranken zur Fortführung des SPZ gestellt werden. Dies bedeutet: Die Zulassung zur ambulanten kassenärztlichen Betreuung betroffener Kinder und Jugendlicher mit neurologischen und psychosozialen Erkrankungen entfällt und damit deren Behandlung im SPZ des Klinikums.

Auch auf die Arbeit des KJÄD unterliegt Sparzwängen.

Aufgrund dieser Entwicklung ist nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, um diesen wichtigen gesundheitspolitischen Bereich besonders für Kinder und Jugendliche nicht zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Klemens Gsell
Fraktionsvorsitzender